

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ruth Müller

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Klaus Steiner

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Hans Urban

Abg. Annette Karl

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ralf Stadler

Abg. Andreas Winhart

Abg. Christoph Skutella

Abg. Raimund Swoboda

Staatsministerin Michaela Kaniber

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Martina Fehlner, Margit

Wild u. a. (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes

Verbot der klimaschädlichen Rodung von Waldflächen (Drs. 18/4057)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt auch hier 32 Minuten. Auch diesmal orientiert sich die Redezeit der Staatsregierung an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Aussprache ist eröffnet. – Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayerns Wäldern geht es schlecht. Bayerns Wälder brauchen dringend Hilfe. Der Klimawandel, neue Schädlinge und vielerorts nicht standortgerechte Waldbestände stellen unseren Wald in Verbindung mit einer urbanen Waldbesitzerstruktur vor enorme Herausforderungen. Wir brauchen in der Forstpolitik dringend einen Neustart.

Die Forstpolitik war in Bayern bisher vom Schröpfen der Staatsforsten geprägt. Die Staatsforsten mussten allein in einem Jahrzehnt knapp 600 Millionen Euro an die Staatskasse überweisen. Auch wurde seit vielen Jahren massiv Personal bei der Beratung der privaten und kommunalen Waldbesitzer und bei der Forstverwaltung abgebaut. Das wirkt sich langfristig auch auf den Zustand der Wälder aus. Die Ideen des Neoliberalismus und des damit verbundenen Personalabbaus haben auch dazu geführt, dass unser Wald vor den enormen Problemen steht, wie wir sie heute vor Augen haben. Diese Politik hat uns hinter die Fichte geführt.

Ich gebe vielen recht, die ein Problem im Verlust an Waldfläche sehen. Die Waldfläche im Freistaat hat 2018 erstmals seit 1980 abgenommen. Die Zahlen des Forstministeriums offenbaren, dass die Rodungen die Aufforstungen um mehr als 50 % übertroffen haben. Rechnerisch hat Bayern 138 Hektar an Waldfläche verloren.

Dieser Verlust hat zwei Gründe, zum einen weniger Aufforstungen und zum anderen gestiegene Rodungen. Im Langzeitvergleich haben vor allem die Aufforstungen nachgelassen. Natürlich ist unbestritten, dass Hitzesommer, Trockenheit, Dürre und Unwetter, die immer rascher aufeinanderfolgen, dem Wald massiv zusetzen. Das stellt sowohl den Wald als auch uns vor riesige Herausforderungen. Auch sorgen die immer länger werdenden Hitzeperioden für einen massiven Anstieg von Schädlingen wie Borkenkäfern oder Eichenprozessionsspinnern.

Ohne Übertreibung kann ich sagen: Der Wald befindet sich zurzeit in einem regelrechten Ausnahmezustand. Die Fichte, ehemaliger Brotbaum, kann heute als Komapatient unserer Wälder bezeichnet werden. Naturschützer und Waldbesitzer sprechen mittlerweile von einem Waldsterben 2.0. Ich will nicht, dass wir die Generation sind, die zwei Waldsterben erleben muss.

(Beifall bei der SPD)

Um eines klarzustellen: Wir wollen keine Rodungen verbieten. Es muss aber sichergestellt werden, dass etwaige Rodungsgenehmigungen nur noch dann erteilt werden, wenn andernorts aufgeforstet wird. Das wollen wir mit unserem Gesetzentwurf erreichen. Schließlich sind unsere Wälder neben den Mooren die CO₂-Speicher der Zukunft.

Für uns gehört neben dem Verbot der klimaschädlichen Rodung aber noch ein anderes Maßnahmenpaket dazu. Wir konnten das im Gesetzentwurf leider nicht thematisieren, ich möchte aber darauf eingehen. Aus unserer Sicht sind in naher Zukunft folgende Dinge notwendig, um unsere Wälder und den Holzmarkt zu stabilisieren sowie eine Senkung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen: bessere Förderung, beispielsweise gut ausgestattete Maßnahmen zur Erstaufforstung von Flächen; eine Holzbauoffensive, die sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpft. Aus unserer Sicht sollen Kommunen eine bessere Förderung erhalten, wenn sie in Holzbauweise bauen. Auch wäre eine Förderung privater Bauherren ähnlich dem Modell der Landeshauptstadt München

möglich. Wir brauchen mehr Personal in der Beratung, eine Entfristung des aktuellen Personals und zu guter Letzt endlich eine Reduzierung des Wildbestands im Wald. Es kann nicht sein, dass in rund 50 % der bayerischen Wälder eine Verjüngung der Tannen und Buchen nicht mehr möglich ist. Erst gestern haben mir die Waldbauern meines Landkreises diese Probleme geschildert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Forstwirtschaft ist die Branche, die die Nachhaltigkeit schon vor über 300 Jahren erfunden und immer nachhaltig gehandelt hat. Jeder, der einen Baum pflanzte, wusste, dass er das für die nächste Generation macht. Das ist gelebtes Verantwortungsbewusstsein. Dafür möchte ich auch einmal Danke sagen.

Aber auch wir tragen für die nächste Generation des Waldes Verantwortung. Diese Verantwortung muss sich an den ökologischen Anforderungen orientieren. Mit unserem Gesetzentwurf gehen wir einen richtigen und wichtigen Schritt; denn wie wir heute in den Wald hineinrufen, so schallt es morgen unseren Kindern und Enkelkindern zurück.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Müller. Bitte bleiben Sie noch am Pult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Kollegin, das hört sich für mich alles sehr nach Dramatisierung an. Sie haben selbst gesagt, dass der Waldanteil dreißig Jahre lang gestiegen ist. Jetzt haben wir ein Jahr, in dem der Waldanteil einmal nicht gestiegen ist. Dieses Jahr nehmen Sie jetzt als Begründung für die Aussage, es werde nichts getan.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich habe eine Frage zu einem anderen Punkt, den Sie angesprochen haben. Die von Ihnen beschriebenen hohen Wildbestände seien dafür verantwortlich, dass keine Tan-

nen und Buchen mehr aufwachsen könnten. Ich halte das für nicht richtig, frage Sie aber, wie Sie denn die Ihrer Meinung nach zu hohen Wildbestände reduzieren wollen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Müller.

Ruth Müller (SPD): Zur ersten Einlassung: Sie sagen, es sei nicht so schlimm, wenn der Waldanteil innerhalb eines Jahres einmal zurückgegangen sei. Dazu kann ich Ihnen nur das sagen, was ich zu Ihrer Fraktion und zum Benehmen Ihrer Fraktion sage: Wehret den Anfängen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zum Thema Jagd möchte ich auf das Verbissgutachten verweisen. Wir stehen in der Verantwortung dafür, dass das Verbissgutachten umgesetzt wird. Nur so kann der Grundsatz "Wald vor Wild" Realität werden.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das heißt?)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war's. Es gibt keine weitere Zwischenbemerkung. – Für die CSU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Klaus Steiner das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Müller, ich tue mich ein bisschen schwer, zu antworten, weil Ihre Rede so kurios erscheint,

(Horst Arnold (SPD): Was ist da kurios?)

es ist schon fast absurd. Diese Rede könnten Sie vielleicht in einem Bundesland halten, wo Sie den Forstminister und den Landwirtschaftsminister stellen. Ihre Rede entspricht überhaupt nicht der Realität in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Ja, lieber Horst Arnold, reden wir später darüber. – Ich gebe Ihnen recht, dass wir die Entwicklung in unseren Wäldern sehr aufmerksam verfolgen müssen. Als Mitglied

des Beirats der Bayerischen Staatsforsten und als Waldbesitzer weiß ich, wovon ich rede. Aber 138 Hektar angesichts der Fakten, die vorliegen in Bezug auf das, was Bayern vorzuweisen hat, zum Anlass zu nehmen, um eine Änderung des Bayerischen Waldgesetzes zu beantragen, ist einfach absurd. Das ist völlig absurd.

(Ruth Müller (SPD): Das ist verantwortungsvoll! – Horst Arnold (SPD): Vor der drohenden Gefahr!)

Vor diesem Hintergrund muss ich mal die Fakten vorstellen: Bayern ist nach wie vor das Waldland Nummer eins. Wir haben 2,5 Millionen Hektar Wald, und wir hatten in den letzten dreißig Jahren einen kontinuierlichen Zuwachs an Waldflächen von 15.000 Hektar. Das ist nur die Fläche.

Ich möchte erneut den bayerischen Weg in der Wald- und Forstwirtschaft herausstellen, der von dem Grundsatz "Schützen und Nutzen" geprägt ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Waldpolitik ist zukunftsweisend, um den unterschiedlichen Rollen des Waldes, aber vor allem den aktuellen Herausforderungen, die richtigerweise angesprochen wurden, gerecht zu werden und entsprechend zu agieren. Unsere bayerische Waldpolitik ist beispielhaft, liebe Frau Kollegin Müller, für Deutschland und ganz Europa.

Ich möchte hier zur Erinnerung die Kontinuität des bayerischen Weges in den letzten vierzig Jahren darstellen. Da gab es 1984 den berühmten Bergwaldbeschluss, den der spätere Fraktionsvorsitzende und Landtagspräsident Alois Glück zum Schutz des Bannwaldes maßgeblich auf den Weg gebracht hat. Ich erinnere an das Waldgesetz von 2005, in dem wir den Wald in die Mitte der Gesellschaft gerückt haben, oder an unsere Initiative zum Waldumbau, zuletzt an die "Waldumbauoffensive 2030", mit der wir, liebe Frau Kollegin, den Waldumbau mit zusätzlichen Mitteln und Stellen nochmals beschleunigen. Bis 2030 wollen wir 200.000 Hektar mehr Mischwald in Bayern erreichen.

Dann erinnere ich an den Waldpakt aus dem letzten Jahr, der den Wald, aber zugleich auch die Waldbesitzer und die Partner der Waldbesitzer stärkt, oder die Waldförderung, die wir 2014 reformiert haben und die beispielgebend für Deutschland und Europa ist. Ich verweise auf den Waldgipfel in Berlin, bei dem Hilfgelder für den Wald in Höhe von 800 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre in Aussicht gestellt wurden. Auch das ist ein starkes und wichtiges Signal.

In Bayern werden wir diese Mittel verwenden, um den Wald noch schneller an das sich verändernde Klima anzupassen. Für 2020 werden zunächst 44 Millionen Euro, Frau Kollegin, für die Waldbauförderung in Planung gestellt. Im Nachtragshaushalt 2020 werden diese Mittel einschließlich Bundesmitteln nochmals um 35 Millionen Euro verstärkt, sodass wir rund 80 Millionen Euro für den Waldumbau zur Verfügung haben. Außerdem haben wir im Doppelhaushalt 2019/2020 zusätzliche 30 Försterstellen eingeplant.

Ich möchte an dieser Stelle unserer Forstministerin Michaela Kaniber sehr herzlich danken, dass sie sich auch in Berlin derart für den bayerischen Wald, für die bayerischen Waldbauern und für die Staatsforsten einsetzt. Hier landen wir wirklich einen großen Wurf. Wir haben jetzt die Initiative des Bayerischen Ministerpräsidenten, der das Thema Wald zur Chefsache gemacht hat. Wir gehen dabei ganz stark in den Schutz und die klimagerechte Nutzung der Wälder. Wir müssen in den Wald hineingehen und den Rohstoff Holz nutzen, anstatt den Wald unter Schutz zu stellen oder irgendwelche Gesetze, die eine vernünftige Bewirtschaftung des Waldes verhindern, zu beschließen.

Und wir gehen in die Forschung. Wir haben mehr Mittel für die Forschung zum Waldumbau im Privatwald und für eine verstärkte Verwendung des klimafreundlichen Rohstoffes Holz als Baumaterial usw. bereitgestellt. Der Grundsatz der bayerischen Waldpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren, des Schützens und Nutzens ist aktueller denn je. Ich denke, dass wir mit dieser Waldpolitik weiterhin die Herausforde-

rungen bewältigen, liebe Frau Kollegin, und den Klimaveränderungen, den Kalamitäten, den Käfereinflüssen usw. gerecht werden.

Aber unabhängig davon jetzt zum Gesetzentwurf, zu dem, was Sie eigentlich bewirken wollen. Bisher sind verpflichtende, flächengleiche Ersatzaufforstungen nach Artikel 9 des Bayerischen Waldgesetzes nur bei Rodungsvorhaben in sogenannten Bannwäldern gefordert. Unabhängig davon ist die Festsetzung von Ersatzaufforstungen auch ohne ausdrückliche Regelung im Bayerischen Waldgesetz möglich und im Verwaltungsvollzug auch üblich. Mit dem Ziel, den Rückgang der bayerischen Waldfläche zu stoppen, greift der vorgelegte Gesetzentwurf zwar ein zentrales Thema des Bayerischen Waldgesetzes auf. Eine Gesetzesänderung ist aber aufgrund folgender Erwägungen nicht erforderlich:

Artikel 9 enthält den Anspruch des Waldbesitzers auf Erteilung einer Rodungserlaubnis. Dies würde durch die gesetzliche Änderung ausgehebelt werden. Sie haben überhaupt nicht bedacht, welche Konsequenzen das für private Waldbesitzer hätte. Das ist ein Eingriff, der nicht gerechtfertigt ist, und er richtet sich gerade gegen diejenigen, die unsere Wälder geschützt haben, nämlich die vielen privaten Waldbesitzer, die seit Jahrzehnten nachhaltig wirtschaften. Die müssen und wollen wir hier nicht einschränken. Mit der pauschalen Einführung von verpflichtenden Ersatzaufforstungen als Genehmigungsvoraussetzung würde die geltende differenzierte gesetzliche und fachliche Genehmigungssystematik absolut in Frage gestellt werden. Sie können doch nicht wollen, dass man es jetzt für private Waldbesitzer noch komplizierter macht, ihren Wald zu bewirtschaften. Wir reden immer von Entbürokratisierung. Bürokratisierung ist genau das, was Sie hier wegen 138 Hektar Wald, die wir vorübergehend weniger haben, machen wollen. Dieser Vorschlag würde das Abwägungsgebot, das der Kern der Vorschriften des Artikels 9 des Waldgesetzes ist, total eliminieren. In waldarmen Gebieten gilt ohnehin schon die Rechtsvorschrift, dass aufgeforstet werden muss und Ersatzflächen geschaffen werden müssen. Aber in waldreichen Gebieten zwingend vorzuschreiben, aufzuforsten, ist oft nicht sinnvoll. Wir brauchen für Infrastrukturmaß-

nahmen in verschiedenen Bereichen, ob das Kindergärten, Altenheime oder Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sind, den Handlungsspielraum, um aktiv sein zu können. Dass die kommunalen Spitzenverbände sich ausdrücklich gegen diese Änderung des Waldgesetzes aussprechen, ist ein ganz gewichtiger Punkt.

Wir müssen alle die Zukunft unserer Wälder im Auge behalten. Aber wir müssen auch die Kirche im Dorf lassen. Wenn es Ihnen wirklich um den Wald geht, sollten Sie endlich mal anerkennen, dass Bayern in Bezug auf eine nachhaltige Waldbewirtschaftung eine Spitzenstellung in Europa einnimmt. Ich sage das nicht, weil wir die Besseren oder die Schöneren wären, sondern weil das Fakten sind und wir mit unserem Grundsatz "Schützen durch Nutzen" Signale setzen. Die Frage – Sie nennen immer die Herausforderung des Klimawandels –, was eine flächendeckende Stilllegung oder großflächige Stilllegung von Wäldern mit dem Klima zu tun hat, haben Sie mir bis heute nicht beantwortet. Wir müssen in die Wälder hineingehen, die Wälder nutzen, Holz nutzen und wieder aufforsten. Das ist eine nachhaltige Forstwirtschaft, nicht, wie man es hier immer wieder hört, nur anpflanzen und den Wald stehen lassen und dann verfaulen lassen.

(Beifall bei der CSU und der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Ruth Müller hat sich gemeldet. Bitte schön.

Ruth Müller (SPD): Lieber Kollege Steiner, wer der Bessere oder Schönerer von uns beiden ist – diese Frage ist gerade von Ihnen gestellt worden –, müssen wir jetzt nicht diskutieren. Aber zu dem Thema Wald wollte ich noch etwas sagen. Sie haben angesprochen, dass der Bayerische Ministerpräsident in Sachen Waldaufforstung so schwer unterwegs ist. Mit dreißig Millionen Bäumen können gerade einmal 5.000 Hektar bepflanzt werden. Diese Größenordnung ist angesichts des Klimawandels ein Tropfen auf den heißen Stein – im wahrsten Sinne des Wortes. Da der bayerische

Weg bisher scheinbar so erfolgreich gewesen ist, möchte ich wissen, wie Sie sich erklären, dass nur noch 28,6 % aller Waldbäume ohne erkennbare Schäden sind. Die Schäden müssen doch eine Ursache haben. Gegen diese Schäden muss man sich Maßnahmen überlegen. Sie haben ausgeführt, dass unser Antrag absurd sei. Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie drei Anträge eingereicht haben, die Ihre Rede ad absurdum führen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Müller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ruth Müller (SPD): In zwei Ihrer drei Anträge fordern Sie lediglich einen Bericht. Im dritten Antrag, der im Landwirtschaftsausschuss behandelt werden soll, soll eigentlich nur festgestellt werden, dass alles super ist, wie es gerade läuft.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit!

Ruth Müller (SPD): Die Augen vor der Wahrheit zu verschließen, hat noch niemanden aus dem Wald herausgeführt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Steiner, bitte schön.

Klaus Steiner (CSU): Wenn Sie behaupten, dass wir die Augen vor der Wahrheit verschließen, dann haben Sie nicht richtig zugehört. Das ist einfach eine absurde Behauptung. Ich komme zum angeblichen Tropfen auf den heißen Stein, nämlich zur Initiative des Ministerpräsidenten. Sie vergessen den natürlichen Anflug. Sie vergessen, dass die 164 Waldbauernvereinigungen Bayerns jährlich im Schnitt 40.000 bis 80.000 Bäume pflanzen. Rechnen Sie diese Zahl einmal hoch. Die Maßnahmen greifen natürlich ineinander. Sie übersehen den natürlichen Anflug, die Initiative des Ministerpräsidenten und die Maßnahmen, die die Waldbauernvereinigungen schon seit Jahrzehnten unternehmen. Sie sehen vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr – oder wie auch immer. Lesen Sie meine Anträge genau durch, dann wissen Sie, was darinsteht. Es geht um Nachhaltigkeit, den Grundsatz "Schützen durch Nutzen" und nicht um Geschwafel.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege Steiner. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Hans Urban vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans Urban (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Waldfläche hat 2018 erstmals seit dreißig Jahren rechnerisch um 138 Hektar abgenommen. Das entspricht einer Größe von fast 200 Fußballfeldern. Das ist einiges und begründet auch die Beschäftigung der SPD mit dem Thema "Waldverlust in Bayern im Jahr 2018". Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass Wälder für uns wichtig sind. Momentan sind in Bayern intakte Wälder aufgrund der Schädigungslage schwer zu finden. Es gibt Schäden durch Käfer, Wind und Schneebruch. Dennoch wird munter weiter gerodet für Bauvorhaben, Infrastrukturprojekte, Bergbau, Abbau von Rohstoffen und Freizeitanlagen. Selbst vor Naturschutzgebieten wird nicht Halt gemacht, wenn es um die Ausbeutung des Bodens geht. Somit ist es durchaus begründet, sich mit dem Thema zu beschäftigen, was die SPD auch tut.

Allerdings sollte die SPD den klugen Worten im Landtag auch Taten in der Fläche folgen lassen. Das beste Beispiel liefert die SPD selbst: Ihr SPD-Bürgermeister in Weiden kämpft seit fast sechs Jahren für die Rodung von 75 Hektar Waldfläche für ein Gewerbegebiet. Dies zeigt deutlich, dass das Problem bei der SPD noch nicht angekommen ist. Auch bei der SPD bleibt der Wald der Verlierer. Das ist eine blamable Anekdote für die SPD. Aber das Beispiel ist auch ein Armutszeugnis für die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es passt nicht zusammen, bei jeder Gelegenheit jeden einzelnen Baum für wichtig und den Staatswald zum Klimawald zu erklären, diesen aber nebenbei für die Schaffung von Gewerbegebieten zu verkaufen. Deshalb fordern wir den sofortigen Stopp dieser Grundstücksgeschäfte für die Schaffung von Gewerbegebieten, allen voran das

Gewerbegebiet in Weiden. Retten Sie jeden einzelnen Baum als Teil des Klimawalds und stoppen Sie den Flächenfraß auch im Wald!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade im Gebiet Weiden gibt es 250 Hektar erschlossene Gewerbefläche, die für die gewünschten Zwecke zur Verfügung stehen würde. Nach dem IHK-Standortportal Bayern sind es in Weiden 5,5 Hektar, in Schirmitz 9 Hektar, in Pressath 25 Hektar, in Windischeschenbach 6 Hektar und in Pirk 9 Hektar. Trotzdem möchte man die Rodungen in Weiden durchziehen, für nichts und wieder nichts Waldfläche roden. Das ist ein Exempel dafür, wie man mit Staatswäldern, mit diesen künftigen Klimawäldern umgeht. Es zeigt auch, dass die Staatswälder die natürliche Grenze für unseren Wachstumsdrang sein müssen. Wenn das Weidener Modell Schule macht, dann können wir uns ausmalen, was mit den Staatswäldern vor den Toren Münchens passieren wird. Wir brauchen einen anderen Umgang mit unseren Wäldern. Wir brauchen bei der SPD und der Staatsregierung ein stärkeres Bewusstsein für den Wald.

Ich war vorhin durchaus etwas irritiert, da niemand wirklich etwas zum Gesetzentwurf gesagt hat. Es ging um Rodungen, nicht um Schädlinge oder Schadkalamitäten. Im Gesetzentwurf steht nichts vom Verbissgutachten. Es geht schlicht und ergreifend um Rodungen. Wir haben uns damit befasst und unterstützen den Gesetzentwurf. Die Bevölkerung glaubt uns, dass wir den Wald schützen wollen. Wir sind die bayerische Waldpartei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Ich darf die Abgeordnete Frau Annette Karl von der SPD für die erste Zwischenbemerkung aufrufen. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege, es ist schön, dass Sie sich so ausführlich über die Situation in Weiden auslassen. Es wäre hilfreich, wenn Sie sich in dieser Region auch

auskennen würden. Sie reden ständig von der Abholzung eines angeblich so wertvollen Waldes. Wissen Sie überhaupt, dass dort ein Bürgerentscheid stattgefunden hat? – Es wird Zeit, dass sich auch die GRÜNEN an demokratische Spielregeln halten. Wissen Sie überhaupt, dass die ganzen Gewerbeflächen in der dortigen Umgebung, von denen Sie gesprochen haben, viel zu klein und zerstückelt sind, um den Herausforderungen des Gewerbegebiets für Weiden nachzukommen? – Kehren Sie zunächst einmal vor der eigenen Haustüre. Am Tegernsee hat gerade eine illegale Abholzaktion stattgefunden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte auf die Zeit achten!

Annette Karl (SPD): Für das Gebiet Tegernsee ist ein grüner Landrat zuständig. Räumen Sie erstmal da auf, bevor Sie sich über Weiden auslassen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Herr Kollege Urban, Sie haben das Wort.

Hans Urban (GRÜNE): Da Sie gerade davon gesprochen haben, man müsse sich mit den Örtlichkeiten auskennen: Sie meinen sicherlich die Rodung an der Seeon-Alm im Landkreis Rosenheim. Dafür ist ein CSU-Landrat zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden von zerstückelten Gewerbeflächen. Ist es richtig, 75 Hektar Wald abzuholzen? Das sind 500.000 Bäume. Diese müssen für das Gewerbegebiet weichen.

(Ruth Waldmann (SPD): Das Landratsamt Miesbach!)

So schnell kann der Ministerpräsident überhaupt nicht pflanzen, wie Sie umschneiden. Für 500.000 Bäume braucht man fünf Millionen Pflanzen, um diesen Wald wieder aufzuforsten. Ich weiß überhaupt nicht, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Diesmal vom Kollegen Oetzinger von der CSU-Fraktion. – Herr Abgeordneter Oetzinger, bitte schön.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, Ihre Kenntnisse der Flächen der Stadt Weiden sind leider falsch. Wer behauptet, es gebe in Schirmitz 9 Hektar Gewerbefläche, der kennt ganz offensichtlich die Örtlichkeit nicht.

Der nächste Punkt ist die Qualität des Waldes. Den Wald dort bezeichnet man bei uns als Steckerwald. Es handelt sich um Brennholzwald.

Als letztes Argument gibt es einen Bürgerentscheid. Diesen hat die Kollegin Annette Karl zu Recht angesprochen. Im Bürgerentscheid haben sich 70 % für dieses Gewerbegebiet ausgesprochen. Es wäre auch für Ihre Partei gut, anzuerkennen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger einer Region für ein Gewerbegebiet aussprechen. Der Bürgerentscheid muss akzeptiert werden. Am Ende des Tages fällt die Entscheidung auch in die kommunale Planungshoheit. Es liegt nicht am SPD-Oberbürgermeister, Herrn Seggewiß, sondern es ist der Wille der gesamten Region in der Oberpfalz.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Herr Abgeordneter Urban, bitte schön.

Hans Urban (GRÜNE): Wollen Sie mir nun zum Vorwurf machen, dass die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht hat?

(Zuruf von der CSU: Unkenntnis!)

Das ist nicht ganz richtig. Natürlich dürfen wir den Flächenverbrauch kritisieren, und wir stehen diesem auch kritisch gegenüber. Ich verurteile diesen scharf. In der heutigen Zeit kann der Flächenverbrauch auch anders geregelt werden. Man muss hierfür

keine 75 Hektar betonieren, so wie Sie das wollen. Wenn sich 70 % der Bürger für das Gewerbegebiet ausgesprochen haben, lässt das Ergebnis vermuten, dass sich 30 % dagegen ausgesprochen haben.

(Lachen bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wir sind die Flächenschützer und die Waldschützer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Leopold Herz von den FREIEN WÄHLERN als nächsten Redner aufrufen. Herr Kollege Dr. Herz, bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant zu vernehmen, dass wir nun zwischen dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD eine neue Fragestellung haben. Das war bisher nicht so.

(Horst Arnold (SPD): Aber nicht zum Gesetzestext!)

Ich glaube, es ist für alle Kollegen interessant, wie die Waldbewirtschaftung hier gesehen werden kann. Im Übrigen, lieber Herr Kollege Urban, führt die gebetsmühlenartige Wiederholung der Frage, wer nun die Waldpartei ist, nicht zu Lösungen. Das haben wir eben gemerkt. Ich weiß, es gibt mehrere Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, Waldpartei zu sein. Wir tun das im Übrigen auch. Entscheidend aber ist doch, was dabei herauskommt.

Damit komme ich jetzt zum Thema. Ich glaube, mit dem vorgelegten Gesetzentwurf kommen wir in der Praxis, bei der Ausführung draußen vor Ort, nicht weiter. Ich will das an zwei Beispielen zeigen. Zunächst einmal ist es richtig, dass wir, gerechnet von 2018 bis jetzt, 138 Hektar Wald weniger haben. Das ist richtig. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dabei dürfen wir aber nicht unterschlagen, dass die Statistik

erst 1977 eingeführt wurde und seit 1981 belastbare Zahlen vorliegen. Seither haben wir über 15.000 Hektar Wald mehr bekommen. Meine Damen und Herren, da müssen wir doch die Kirche im Dorf lassen und die Realität in das richtige Licht rücken.

Im Übrigen wird, wer noch ein bisschen weiter zurückgeht, Folgendes feststellen: Aufnahmen, die teilweise bis zu hundert Jahren zurückliegen, belegen, dass wir damals viel weniger Waldflächen hatten als jetzt.

(Ruth Waldmann (SPD): Den Schmarrn macht man am besten nicht!)

Daneben muss man auch sehen, dass es bei den zunehmenden Problemen der Landwirtschaft in den grenznahen Standorten auch weiterhin Aufforstungen geben wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles muss man in vernünftigen Bahnen sehen und diskutieren.

Zweitens. Momentan haben wir doch das Thema, wie wir Stadt und Land wieder zusammenbringen. Wir haben Demonstrationen, die beweisen, dass man immer weniger übereinander Bescheid weiß. Dieser Gesetzentwurf ist ein Beitrag dazu. Wir werden durch solche Initiativen nicht wieder zusammenkommen.

(Horst Arnold (SPD): Warum?)

Zum einen haben wir sehr viele städtische Waldbesitzer. Ihre Zahl nimmt zu. Wenn wir denen suggerieren, dass wir durch Aufforstungsverpflichtungen bei Rodungen zu einer Verbesserung kommen, dann wird das so nicht der Fall sein. Wenn ich selbst mir als Waldbesitzer vorstelle, dass ich mir dann eine Genehmigung holen müsste, um meinen durch die letzte Naturkatastrophe zerstörten Wald zu fällen

(Horst Arnold (SPD): Rodungen! Sie haben noch immer nicht verstanden!)

oder wenn ich ihn wegen der vor allem im Süden auftretenden Käferprobleme fällen will, dann ist das Gesetz doch kontraproduktiv.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch keine Rodung!)

Das führt dann nicht zu einer guten Lösung. Wir müssen deshalb ganz klar sagen: Dieser Gesetzentwurf ist nicht praxisgerecht. Er führt stattdessen zu viel mehr Bürokratie. In diesem Hause ist man, wie ich weiß, immer geneigt, Bürokratieabbau zu fordern. Darüber haben wir schon häufig diskutiert. Hier haben wir nun ein Paradebeispiel, mit dem wir Bürokratie aufbauen würden, anstatt dem einzelnen Waldbesitzer, dem Forstunternehmer zu zeigen, was wir wollen, damit hier wieder etwas Sinnvolles entsteht. Das Gegenteil von Bürokratieabbau wäre hier der Fall.

Zum Schluss, und auch das steht in Ihrem Gesetzentwurf: Wir wollen die CO₂-Speichermöglichkeit verbessern. Mit dem Gesetz ist das Gegenteil der Fall. Bei dem naturnah bewirtschafteten Wald, bei dem nach dem Grundsatz "Schützen und Nutzen" verfahren wird, handelt es sich hingegen um einen wesentlich besseren CO₂-Speicher als bei einem Wald, der sich selbst überlassen wird.

(Horst Arnold (SPD): Es geht doch nicht um Stilllegung!)

Deshalb müssen wir immer wieder darauf hinweisen,

(Horst Arnold (SPD): Das ist eine harte Themaverfehlung! Als ob es hier um Stilllegung geht!)

dass solche Dinge absolut nicht praxisgerecht sind. Sie führen nicht zum Ziel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung seitens der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Herr Kollege Herz, ein Verbot der klimaschädlichen Rodung von Waldflächen bedeutet für mich das Aus für alle Waldbauern. Jeder kann sich noch an das Fuchzgerl erinnern, das damals herauskam. Auf der Münze sah man eine Frau,

die gerade einen Baum pflanzt. Kann es nicht sein, dass die ganze Hysterie damit zusammenhängt, dass jetzt mehr oder weniger Erntezeit bei den Wäldern ist? – Die Bäume, die damals aufgeforstet wurden, sind inzwischen 70, 75 Jahre alt. Könnte das vielleicht auch ein Faktor sein?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank für die Frage. Herr Kollege, ich bitte um die Antwort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stadler, das hat verschiedene Gründe. Zum einen sind wir uns einig, wir müssen das Produkt Holz noch viel mehr in der Bautätigkeit verwenden. Zum anderen haben wir teilweise auch überalterte Wälder.

(Florian von Brunn (SPD): Wir haben den Klimawandel!)

Da müssen wir etwas tun; da müssen wir auch immer wieder schauen, dass Rodungsmöglichkeiten bestehen, damit dann immer wieder in der Aufforstung dem jungen Wald die Chance gegeben wird, einen klimastabilen Wald zu bilden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Dr. Herz. – Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Andreas Winhart von der AfD-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Winhart, Sie haben das Rederecht.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Woran merkt man, dass der Fasching 2020 seinen Höhepunkt erreicht?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): An Ihren Reden! – Allgemeine Heiterkeit)

– Nein, Herr Mehring, am Waldgesetz der SPD, das heute hier zur Zweiten Lesung anliegt. Nach der Ersten Lesung hat man sich schon gedacht: Okay, das ist der Hilfe-

schrei einer untergehenden Partei. Man hat es sich nicht nehmen lassen, darüber im Ausschuss zu diskutieren. Nun wird es hier in voller Pracht noch einmal zum Besten gegeben, obwohl der Weg in den Umweltkreislauf vorzuziehen gewesen wäre.

Womit müssen wir uns heute noch einmal befassen? – Die Waldfläche in Bayern ist nach dreißig Jahren jährlichen Wachstums tatsächlich im Jahr 2018 um 138 Hektar gesunken, und zwar durch Rodung. Darauf legen Sie doch immer großen Wert, Herr Arnold. Ich habe es Ihnen schon das letzte Mal gesagt: Im Endeffekt handelt es sich dabei um ein kleineres Jagdrevier. Die Größe entspricht in etwa der Hälfte des Englischen Gartens in München oder eben den berühmten 0,000056 % unserer Landesfläche, und deretwegen proben Sie jetzt einen Zwergenaufstand. Wohnung ja, das ist eine Nutzungsänderung. Das heißt, wir sprechen nicht darüber, wo der Käfer drin war, sondern wir sprechen genau darüber, dass dort vielleicht eine Straße gebaut wurde oder ein Gewerbegebiet gebaut wird. Solchen Vorhaben stimmt die SPD in den Kommunen auch ganz gerne zu. Dort wollen auch wir mehr Wohnraum schaffen, das ist doch auch Ihr Thema. Irgendwo muss die Fläche aber herkommen. Jetzt frage ich Sie einmal ganz konkret, wo in Zukunft die Waldfläche denn herkommt, wenn der Wald immer mehr wachsen und mehr werden soll?

(Zuruf)

– Richtig! Von den Landwirten. Sie sind nämlich die Einzigen, von denen wir noch Flächen bekommen können. Bei den landwirtschaftlichen Flächen haben wir den größten Schwund. Das interessiert Sie aber nicht. Sie müssen jetzt auf den Klimahype eingehen. Die Landwirte waren diejenigen, die gegen Ihr Bienen-Volksbegehren waren, auf das Sie als Trittbrettfahrer auch noch aufgesprungen sind. Eigentlich kam die Idee nämlich von weiter links. Die Landwirte wählen Sie, meine Damen und Herren von der SPD aber genauso wenig, wie alle Bürgerinnen und Bürger, die diesen faulen Politikstil längst durchschaut haben.

(Beifall bei der AfD – Horst Arnold (SPD): Zur Sache!)

– Es hilft Ihnen nicht, Herr Arnold, wenn Sie sich jetzt als Waldpartei oder als vermeintliche Klimapartei zu etablieren versuchen. Für die Klimahysterie sind die GRÜNEN zuständig und für den Schutz des deutschen Waldes ist das immer noch die AfD.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Wähler wählen aber meistens das Original.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Denken Sie ernsthaft, dass die Menschen in diesem Land keine anderen Probleme haben, als dass nach 30 Jahren Anstieg nun im 31. Jahr das erste Mal ein Rückgang der Waldfläche zu verzeichnen ist? – Ich glaube, das ist ein bisschen viel verlangt.

Nun noch zu Herrn Kollegen Urban, der sich vorhin Ihrem Gesetzentwurf mehr oder weniger angeschlossen hat. Herr Urban, ich habe wirklich eine Frage an Sie: In diesem Jahr werden 90 Hektar und 60 Hektar Wald in Brandenburg für eine Gewerbeansiedlung gerodet, und zwar für die Firma Tesla. Dort werden also insgesamt 150 Hektar Wald gerodet. Das ist mehr, als wir in Bayern Waldfläche verloren haben. Ist das jetzt gut für die Elektromobilität mit allem Drum und Dran oder ist das schlecht? – Darauf würde ich gern eine Antwort hören.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Winhart. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Christoph Skutella von der FDP-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Skutella, bitte schön.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Hans Urban, als gebürtigem Weidener gibst du mir jetzt natürlich eine Vorlage, nachdem hier meine schöne Heimatstadt so oft in den Mund genommen wurde. Ich freue mich auch über die fraktionsübergreifende Phalanx, die sich jetzt gebildet hat, Kollegin Karl und Kollege Dr. Oetzing. Natürlich ist ein Bürgerentscheid bindend. Natürlich

stehen die Stadt und das Umland dazu. Aber dass das gerade in diesem Kontext ausgespielt wird, finde ich schon etwas verwunderlich. Ich weiß auch nicht, ob ihr die fehlende Entwicklungsmöglichkeit der nördlichen Oberpfalz auf eure Kappe nehmen möchtet. Ich glaube, das wollt ihr eigentlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Ruth Müller, Sie haben am Anfang gesagt, es gebe Probleme, und die Forstpolitik müsse neu starten. Sie haben die Probleme angesprochen. In der Analyse sind wir uns weitgehend einig. Aber glauben Sie wirklich, dass angesichts der unterschiedlichen und vielfältigen Herausforderungen, vor denen der Wald steht, durch ein einziges Gesetz, durch eine einzige Überregulierung Lösungen herbeigeführt werden können?

(Beifall bei der FDP – Horst Arnold (SPD): Das haben wir gar nicht gesagt! Das ist Mittel zum Zweck! So ein Schmarrn!)

Es ist ein typischer Reflex aufseiten der Sozialdemokratie, auch hierfür wieder Regulierungen zu treffen, die keinerlei Auswirkungen haben werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind uns doch alle darin einig, dass der Klimawandel natürlich auch für die Wald- und Forstwirtschaft die große Herausforderung schlechthin ist.

(Horst Arnold (SPD): Das glaube ich jetzt nicht!)

– Das können Sie aber glauben, Herr Kollege Arnold.

Natürlich kommen auch auf die Wald- und Forstwirtschaft Herausforderungen zu. Wir sollten uns jetzt aber nicht um neue gesetzliche Regelungen kümmern, sondern darum, bestehende Regelungen umzusetzen. Der Waldumbau im Privatwald wird unsere große Aufgabe der nächsten Jahre sein. Die Waldbesitzer brauchen mehr Unterstützung und mehr Beratung. Natürlich brauchen wir auch mehr Förster und Forstwir-

te. Wir müssen dem Grundsatz "Wald vor Wild" wieder mehr Rechnung tragen und ihn konsequenter umsetzen, damit der Wald natürlich wächst und das, was wir pflanzen, die Chance bekommt, sich zu entwickeln.

Zum Schutz der Wälder gehört es natürlich auch, Rodungen zu vermeiden. Wer sich aber die Waldflächenbilanzen von 1979 bis heute ansieht, stellt fest – das haben wir bereits in der Ersten Lesung und im Ausschuss gehört –: Wir haben in diesem Zeitraum einen Zuwachs von insgesamt 15.000 Hektar zu verzeichnen. Die 138 Hektar Verlust durch Rodungen im Jahr 2018 – ich darf hier Prof. Mosandl zitieren – sind global gesehen unbedeutend.

(Horst Arnold (SPD): Global!)

Wir sind der Meinung, dass in unserem bayerischen Gesetz alles ausreichend geregelt ist. Wir sollten uns jetzt auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren und uns nicht im Klein-Klein verlieren. Wir sollten vor allem erst einmal das konsequent umsetzen, was schon gesetzlich geregelt ist, bevor wir neue Regelungen schaffen.

Wir Freien Demokraten haben die Staatsregierung bereits im letzten Jahr mit einem Antrag aufgefordert, die Aufforstung im Interesse des Klimaschutzes voranzubringen, und zwar national und international, auch wenn wir in Bayern unseren Beitrag dazu bereits leisten. Das Potenzial ist sowohl durch die dichte Besiedelung als auch durch den bereits heute vorhandenen großen Waldanteil an der Gesamtfläche begrenzt.

Wenn es um den Wald als CO₂-Speicher geht, meinen wir als internationale Waldpartei: Wir müssen hier global denken und handeln.

(Unruhe)

Das ist für die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss ein Bonmot. Schlussendlich lehnen wir den Antrag ab, weil wir die im Bayerischen Waldgesetz bestehenden Regelungen für ausreichend erachten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Ich darf als letzten Redner Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda, fraktionslos, aufrufen, und zwar mit dem erneuten dezenten Hinweis auf zwei Minuten Redezeitbegrenzung.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Waldpolitik soll zwei Ziele haben, nämlich zum einen die CO₂-Egalisierung. Das ist relativ neu und richtig und wichtig. Zum anderen sollen die Staatsforsten und privaten Waldbauern aber auch Erträge erwirtschaften können. Ich sehe hier im Parlament den linken Flügel, die Roten, die jetzt ebenso wie in anderen Bereichen auch in der Waldpolitik eine Zwangswirtschaft einführen wollen. Das heißt, sie wollen, dass eine Erlaubnis für die Rodung eingeführt und die Aufforstung durch verpflichtende Regelungen erzwungen wird. Dafür wollen sie Gesetze ändern, obwohl eigentlich das, was die SPD will, längst gängige Praxis der wirklich guten Forstwirtschaft ist, wie Sie gehört haben. Das hat die derzeitige Herrschaft des sogenannten Waldmanagements, nämlich der schwarze Teil dieses Parlaments, deutlich gezeigt. Auch Herr Steiner – dafür lobe ich ihn – hat dies ausdrücklich gesagt. Es braucht also dieses Gesetz nicht, das die GRÜNEN unterstützen. Sie machen das wieder mit Klein-Klein, indem sie sich darauf berufen, dass nun ein Prozent der Waldfläche, die in den letzten vierzig Jahren mehr geworden ist, ab 2018 geschwunden ist.

Nein, die SPD macht hier Busy work für das Parlament oder, anders ausgedrückt, Beschäftigungstherapie für kostenintensive Politiker, und das sind wir, weil wir über Wochen hinweg über solche Dinge bis ins Detail reden. Da lobe ich mir die Politik der FREIEN WÄHLER. Ich möchte Herrn Herz ausdrücklich dafür loben, dass er das heute nochmals deutlich gemacht hat; denn er hat gesagt: Rodungen nach Windbruch oder Borkenkäfer und die Wiederaufforstung müssten auch in Zukunft in der Verantwortung der Waldbauern liegen und dürften nicht durch Erlaubnisse und Verbote bei bürokratischen Forstämtern liegen.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ruhe! – Die Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die SPD verkennt hier, dass sie eigentlich den Bauernstand vertreten soll. Sie vertritt aber nur noch die Arbeiterklasse. Ob das in Zukunft gutgeht, ist eine andere Frage. Eines ist klar: Dieser Gesetzentwurf geht nicht gut. Damit bin ich beim Ende. Herr Präsident, Sie brauchen mich nicht wieder zu mahnen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, dass die letzte Mahnung so wirksam war. Vielen Dank. – Ich darf jetzt Frau Staatsministerin Michaela Kaniber als zuständige Ministerin für das Thema aufrufen. Bitte schön, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich so viele dazu berufen fühlen, die Waldpartei schlechthin zu sein, stelle ich fest: Die einen reden darüber, die anderen handeln, und das sind einzig und allein wir.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wir brauchen uns gar nicht darüber zu streiten, wer was besser macht. Ich gebe nur einen kleinen Hinweis: Schauen wir nach Hessen, also in ein von den GRÜNEN geführtes Land, in dem eine Landwirtschafts- und Forstministerin den gesamten Wald schlichtweg sich selber überlässt und keine Unterstützung gibt. Ich erwähne nur die Waldumbauoffensive in Bayern, die 200 Millionen Euro umfasst und bis 2030 200 Stellen und entsprechendes Personal vorsieht. Aber das allein reicht noch nicht.

Man macht sich vonseiten der SPD über dreißig Millionen Bäume zur weiteren Bepflanzung lustig. Liebe Frau Kollegin Ruth Müller, das ist die Zahl, die wir allein in unserem bayerischen Staatswald anzupflanzen versuchen. Darüber hinaus stehen uns

aktuell knapp 103 Millionen Euro an Bundesmitteln – tatsächlich knapp 103 Millionen Euro! – für weitere Aufforstungen in den Privat- und Kommunalwäldern zur Verfügung. Das zeigt, dass es nicht bei dreißig Millionen Bäumen bleibt, sondern dass das Ganze weit darüber hinausgeht.

Entscheidend ist der heutige Antrag. Eine Lösung, wie Sie sie heute vorgestellt haben, nämlich das Waldgesetz umzuschreiben, wäre aus unserer Sicht ein ordnungspolitischer Schnellschuss. Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der absolut an der falschen Stelle ansetzt; der bestehende waldgesetzliche Rahmen ist heute oft genannt worden. Wenn wir die Zahlen seit 1981 hochrechnen, stellen wir fest: Um 17.000 Hektar hat sich die Waldfläche vermehrt. Ich weiß, das erwähnen Sie nicht so gerne. Aber das wäre das entscheidende Argument gewesen.

Unsere bestehenden gesetzlichen Regelungen gewährleisten stets eine vernünftige Abwägung. Es muss immer abgewogen werden zwischen den Belangen des Waldbesitzers und den Interessen der Allgemeinheit. Zum Beispiel können Rodungen in walddärmeren Regionen Bayerns bereits jetzt häufig nur unter der Auflage von Ersatzaufforstungen genehmigt werden.

(Horst Arnold (SPD): Genau das wollen wir! Danke!)

Anders sieht es zu Recht in walddreichen Regionen aus. Stellen Sie sich doch nur einmal vor, zum Beispiel im Bayerischen Wald würde eine generelle Aufforstungspflicht erlassen. Das würde die gesamte Entwicklung einer ganzen Region lähmen. Mit einer pauschalen Ersatzaufforstungspflicht hätten alle walddreichen Regionen Bayerns das Nachsehen. Sofort gäbe es eine unmittelbare und schwer auflösbare Konkurrenz. Und ja, wo liegt die Konkurrenz? – Sie liegt tatsächlich bei dem landwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen bedeutsamen Offenland. Deswegen bleiben wir dabei: Eine Regel dieser Art wäre undifferenziert und raumordnerisch garantiert nicht zielführend. Ich spreche mich deshalb genauso wie meine Kolleginnen und Kollegen dafür aus, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Staatsministerin.

– Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/4057 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen einschließlich des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.